

PATIENT VOLKSPARTEI?

ÜBER DEN NIEDERGANG UND DEREN VERKÜNDER

≡ Matthias Micus

Was hat das zu bedeuten, über Volksparteien zu schreiben? Warum sich mit einem Phänomen befassen, das – schon jetzt bloß noch ein Schatten seiner selbst – kurz vor dem Ableben steht? Bei misstrauischen Menschen regen sich in solchen Fällen sogleich die Gefahreninstinkte. Heißt das, selbst auf dem Abstellgleis zu stehen, auch persönlich die Zukunft bereits hinter sich zu haben und eben deshalb nur noch mit perspektivisch bedeutungslosen Themen betraut zu werden?

Dass der Patient »Volkspartei« ernsthaft krank sei, diese Meinung wird von den Experten, den Professoren und Doktoren der Politikwissenschaft, jedenfalls einhellig vertreten. Die Symptome sind rasch aufgezählt: Die Volksparteien schrumpfen, die Wähler laufen ihnen in Scharen davon. In den 1970er Jahren machten noch mehr als achtzig Prozent aller Wahlberechtigten ihr Kreuz bei den Unionsparteien und Sozialdemokraten, bei der Bundestagswahl 2009 waren es nicht einmal mehr halb so viele – und diejenigen, die ihnen noch ihre Stimme geben, sind sich ihrer Entscheidung zunehmend unsicher. Auch die Mitglieder wenden sich ab. Oder, richtiger, sie wenden sich den Volksparteien nur noch in erheblich geringerem Maße zu – der reißende Strom von 100.000 Neumitgliedern im Spitzenjahr 1972 ist zwischen 1990 bis 2008 zum kümmerlichen Rinnsal von durchschnittlich nur noch 12.000 Neumitgliedern jährlich zusammengescholzen.

Neben der Diagnose besteht auch über die Remedur weitgehende Einigkeit: Die Volks- und Mitgliederparteien müssen sich, so wird gefordert, zu »lernenden Organisationen« entwickeln und ihre »Responsivität«, »Permeabilität« und »Kommunikationskompetenz« verbessern, wie es der politologische Jargon auszudrücken pflegt. Nun neigen allerdings einstmals kraftvolle Organisationen dazu, die zentralen Bestandteile ihrer vergangenen Erfolge zu konservieren und die Anzeichen von Veränderungen so lange zu ignorieren,

bis sie schultertief in der Krise stecken und sich umstandslos an den gesellschaftlichen Wandel nicht mehr anknüpfen lässt. Organisatorische Stärke blockiert also Innovationen – die gleiche Grundskepsis gegenüber Reformen weisen Organisationen freilich in dem Moment fortgeschrittener Not auf. Dies behauptet ganz einleuchtend jedenfalls Gerd Mielke in seinem Beitrag im Buch »Zukunft der Mitgliederpartei«¹, demzufolge Überalterung und gesellschaftliche Entkopplung die Empfindung sozialen Wandels reduzieren und infolgedessen die innerparteiliche Lernfähigkeit blockieren.

Dieser Sammelband über die »Zukunft der Mitgliederpartei« ist nur eine von mehreren Neuerscheinungen zum Thema. Gleich eine ganze Reihe von Titeln aus den letzten zwei Jahren befasst sich mit Geschichte, Zustand und vor allem auch der Zukunft sowie den Perspektiven der mitgliederbasierten Volksparteien.² Kurzum: Die Volksparteien ziehen nach wie vor das Interesse auf sich, trotz oder gerade aufgrund ihres Siechtums – und obgleich es bis heute schwerfällt, Kriterien zu benennen, die sie miteinander verbinden und von anderen Parteientypen trennscharf unterscheiden.

Die herkömmlichen Definitionsangebote verschaffen nur wenig Klarheit. Als Kontrastfolie den Klientel- oder Interessenparteien gegenübergestellt, werden Volksparteien üblicherweise über die Variationsbreite in ihren Wählermilieus, Mitgliedschaften und Funktionärskörpern bestimmt. Ihre Programme richten sich nicht an eine isolierte Gruppe der Gesellschaft, Volksparteien haben stattdessen das Gemeinwohl im Blick. Bei Wahlen suchen sie absolute oder doch zumindest relative Mehrheiten zu gewinnen, weshalb sie zwangsläufig in die Mitte streben, wo sie die Angehörigen der Mittelschicht mit pragmatischem Handeln und moderaten Forderungen zu gewinnen suchen.

»Klingt schön«, moniert Christoph Seils in seiner »Parteiendämmerung«, »klingt ein bisschen allgemein, da findet sich jeder wieder.« Und in der Tat lassen sich unter einem solchen definitorischen Dach sämtliche Parteien im Deutschen Bundestag zusammenfassen. Ulrich von Alemanns Einwand in dem von Jürgen Rüttgers herausgegebenen Band »Berlin ist nicht Weimar«, dass FDP, Grüne und Linke »in ihrer Wählerstruktur und in ihrer Programmatik stärker einzelnen Segmenten in der Gesellschaft und in der Politik verpflichtet und insofern – noch – nicht auf dem Weg zu Volksparteien (sein)«, jedenfalls wirkt gezwungen und vermag nicht sonderlich zu überzeugen.

Doch finden sich in der neueren Volks- und Mitgliederparteienliteratur auch Gedanken und Impulse, welche die weitere Beschäftigung mit dem Thema anregen können. So stellen etwa Matthias Machnig und Karsten Rudolph in ihrem Beitrag in dem eben erwähnten Rüttgers-Band die Frage, »ob Parteien, die sozialstrukturell und kulturell nicht mehr die Wirklichkeit

1 Uwe Jun, Oskar Niedermayer, Elmar Wiesendahl (Hg.), Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009.

2 Volker Kronenberg u. Tilman Mayer (Hg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg i. Br. 2009; Jürgen Rüttgers (Hg.), Berlin ist nicht Weimar. Zur Zukunft der Volksparteien, Essen 2009; Fabian Schall u. a. (Hg.), Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien, Berlin 2009; Christoph Seils, Parteiendämmerung, oder: Was kommt nach den Volksparteien?, Berlin 2010.

zu Beginn des 21. Jahrhunderts in Deutschland abbilden«, überhaupt noch »als Volksparteien zu bezeichnen sind?« Und gegen den Determinismus des scheinbar unaufhaltsamen Niederganges wird von Warnfried Dettling in demselben Buch das »Paradoxon der Volksparteien« hochgehalten, demzufolge gerade in auseinanderdriftenden Gesellschaften eine Nachfrage nach integrativen Klammern und politischen Institutionen besteht, die eine »Idee vom Ganzen« besitzen.

Überhaupt ist der Modernitätsimpetus zuletzt offenkundig etwas erlahmt. Längst nicht mehr so fordernd wie zu Beginn des Jahrtausends werden den Parteien unpolitische Konsumstrategien empfohlen und ihre Führungsstäbe dazu aufgefordert, sich an der Produktwerbung zu orientieren und die Mitglieder und Wähler als Kunden zu betrachten. Diesen Ansatz hat die jüngste Vergangenheit diskreditiert, da sie den Niedergang der Parteien nicht aufhalten, sondern eher noch beschleunigt hat. Deshalb wird heute zumindest von einigen Autoren wieder stärker auf den Nutzen von Mitglieder rekurriert und die Unverzichtbarkeit persönlicher Kontakte für die Stimmenwerbung auch in hochmodernen Wahlkampagnen herausgestellt.

Es ergibt sich insofern bei einer genaueren Durchsicht der aktuellen Veröffentlichungen zu Volksparteien ein buntes Bild, monoton präsentieren sie sich jedenfalls nicht. Dieser Eindruck wird zweifellos schon durch die formale Konzeption der neueren Volksparteienbücher gefördert, die größtenteils Sammelbände sind, in denen eine zweistellige Expertenzahl denselben Gegenstand aus unterschiedlichen Blickwinkeln analysiert und mit wechselnden Fragestellungen traktiert. Zugute kommt dem Meinungspluralismus aber auch, dass durchaus nicht nur Politikwissenschaftler zu Wort kommen, sondern die meisten Herausgeber gleichfalls Wahlforscher, Parteienvertreter und nicht zuletzt Medienmacher befragen. Mit Christoph Seils' »Parteiendämmerung, oder: Was kommt nach den Volksparteien«, liegt darüber hinaus eine Monographie zum Thema aus journalistischer Feder vor.

Diese Vielfalt ist ein Gewinn. Zwischen anderen findet man immer wieder interessante Beiträge, zum Beispiel den von Christian Junge (»Parteien ohne Eigenschaften?«) über die Bedeutung der politischen und programmatischen Unterscheidbarkeit für die Identifikation der Mitglieder mit ihrer Partei und ihr innerparteiliches Engagement.³ Oder Heiko Biehls Beobachtungen über die verschiedenen Dimensionen der Repräsentativität. Bisweilen wird behauptet, es reiche aus, wenn Parteien inhaltlich das gesamte Meinungsspektrum abbildeten, von Linksaußen bis hin zu prononciert konservativen Positionen.

Biehl legt nun dar, dass bei den Wählern das Gefühl, von einer Partei vertreten zu werden, zudem mit der Sozialstruktur der Mitglieder zusam-

3 Vgl. Christian Junge, Parteien ohne Eigenschaften? Zur Diffusion organisationaler Identität von CDU und SPD aus der Perspektive ihrer Mitglieder, in: Jun u. a., Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen 2009, S. 129–158.

menhängt (deskriptive Repräsentation); dass die Zusammensetzung des Mitgliederkörpers den soziologischen Zuschnitt der Beitrittswilligen beeinflusst, da Neumitglieder vor allem aus dem Umfeld der Altmitglieder gewonnen werden (formale Repräsentation); und dass die Akzeptanz und das Vertrauen, das Parteimitgliedern entgegengebracht wird, besonders von den Unterschichten, unter der Mittelschichtdominanz in den Parteien leidet (symbolische Repräsentation), weshalb jenseits aller Inhalte das Sozialprofil der Parteimitgliedschaften eine zentrale Rolle für die Repräsentativität der Parteien spielt.⁴

Andererseits: Die vorliegenden Bücher sind dadurch noch nicht rundweg mit Gewinn zu lesen. Jeder Berufsweig der professionellen Politikbetrachtung gebiert spezifische Mängel. Eine jede Erwerbsgruppe scheint durch professionelle Konventionen, ein spezifisches Methodenarsenal und bevorzugte Zugänge zum Thema mit einer begrenzten Menge verschieden geformter Bausteine zu hantieren, die auf unterschiedliche Weise zusammengesetzt werden können, sich letztlich aber doch immer zu typischen Konstruktionen fügen – und eben auch charakteristische Blindstellen aufweisen. So bevorzugen Journalisten wie Seils großflächige Gemälde, starke Kontraste, eine gerade Linienführung. Sie neigen daher – bei allen Vorzügen, die dieser Darstellungsstil auch hat – zur Schwarz-Weiß-Malerei, zu stereotypen Generalisierungen und dazu, historische Unebenheiten zu planieren.

Leichter Hand wird zur Begründung des Abstieges der Volksparteien zum Beispiel unterstellt, heute gäbe es keine Charismatiker mehr, von denen die Politik früher nur so gewimmelt habe, einschließlich Helmut Kohls; werden die Auseinandersetzungen in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik pauschal als »ideologische Konflikte« geadelt und den heutigen »egoistischen Gruppeninteressen« gegenübergestellt; wird im Übrigen die Frage nach dem Ende der Volksparteien gar nicht mehr ernsthaft gestellt, da ihr Schicksal längst entschieden und allenfalls noch zu klären sei, was nach ihnen komme. Widersprüchlichkeiten sind bei derart handkantenschlagender Urteilfreude kaum zu vermeiden.

Zudem unterliegt Seils immer wieder der Gefahr, die Vergangenheit zu verklären. Ist es wirklich so neuartig, wie Seils behauptet, oder erinnert es nicht stark an den alten Konrad Adenauer, dass Politiker der etablierten Parteien Ängste und Emotionen schüren; dass sie auf deftige Töne und einfache Antworten setzen, auf Stimmungen in der Bevölkerung und im Wahlkampf auf Personen statt nuancierte Argumente? Dass schließlich die Distanz der Politikeliten gegenüber den Parteibasen und der Bevölkerung dramatisch gewachsen sei, diese These müsste zumindest unter Berücksich-

4 Vgl. Heiko Biehl, Soziale Entwurzelung und Repräsentationsverlust der Parteien, in: Jun u. a., Zukunft der Mitgliederpartei, S. 111–128.

tigung gegenläufiger Entwicklungen kritisch hinterfragt werden – oder wie passt dazu die hohe Besuchsfrequenz beispielsweise von Angela Merkel im Konrad-Adenauer-Haus und in den regionalen Parteigliederungen – während der große CDU-Vorsitzende Adenauer die Bundesgeschäftsstelle in der gesamten Zeit seines Parteivorsitzes nur ein einziges Mal besuchte und der legendäre Zentrums-Parlamentarier Ludwig Windthorst in all seinen langen Abgeordneten-Jahren ebenfalls bloß einmal seinen Wahlkreis bereiste?

Aber auch die universitäre Parteienforschung ist nicht ohne Fehl und Tadel. Die vielleicht gravierendsten Mängel betreffen ihr Empiriedefizit, ihre Theoriefixiertheit und objektivistische Selbsttäuschung. Das Empiriedefizit zeigte sich in der jüngeren Vergangenheit an der uniform vertretenen Scheingewissheit vom Nutzen- und Funktionsverlust der Parteimitgliedschaften. Mittlerweile stellt sich immer deutlicher heraus, dass die moderne Parteien- und Wahlkampfforschung diesbezüglich systematisch Fehlschlüsse beging, die daher rührten, dass sie – in den Worten des Politologen Elmar Wiesendahl in dem von ihm mitherausgegebenen Band »Zukunft der Mitgliederpartei« – »die reale Beschaffenheit von Parteien [...] nicht zum Gegenstand konkreter empirischer Untersuchung« machte. Stattdessen saß sie den abstrakten »modernisierungstheoretischen Annahmen und Interpretationen des Parteien- und Wahlkampfwechsels« auf.

Die Irrtümer zahlreicher Parteienforscher über den Bedeutungsverlust der Mitgliederorganisation mögen auch mit einem verbreiteten Desinteresse für die Parteienwirklichkeit jenseits der Bundeshauptstadt zusammenhängen. Dies legt zumindest die Diagnose Lars Holtkamps nahe, der – abgedruckt ebenfalls in der »Zukunft der Mitgliederpartei« – eine »vorwiegend national ausgerichtete Parteienforschung« beklagt, die nur ungern in die »Niederungen der Kommunalpolitik« herabsteige und die reale Situation von Lokalparteien nur stark eingeschränkt zur Kenntnis nehme. Gerade vor Ort aber, in den kommunalen Parteigliederungen, im Schatten der Mediengesellschaft, bewahrte die Mitgliedschaft bis in die Gegenwart viel von ihrer traditionellen Bedeutung.

In engem Zusammenhang mit dem Empiriedefizit steht die Theoriefixiertheit eines Gutteils der Parteienforscher. Theorien, Methoden und Modelle, Rubriken, Kategorien, Kriterienkataloge können zweifellos als Hilfsmittel dienen, als Navigatoren, die in einem Forschungsfeld die Orientierung erleichtern. Wo sie aber zum Selbstzweck erhoben werden, wo der Blick von ihnen so gebannt wird, dass sie selbst in das Zentrum der Forschung rücken und nicht mehr die Analyse des zu untersuchende Gegenstand, die sie systematisieren helfen sollen aber nicht ersetzen dürfen, da wird aus einem nützlichen Werkzeug das

Irrlicht der Rationalitätsillusion. Dieses Licht irritiert das Forscherauge, indem es den Eigenwillen von handelnden Personen ignoriert, das Eigengewicht von Emotionen, Sympathien, auch Neurosen, kurzum: die prinzipielle Offenheit jeder Entscheidungssituation.

Subjektive, psychologische und emotionale Aspekte zu berücksichtigen, bedeutet nun, das Feld der exakten Wissenschaften mit ihren statistischen Messverfahren und linearen »Wenn-dann«-Zusammenhängen teilweise zu verlassen, und sich dazu zu bekennen, dass persönliche Normen, Werte und Erfahrungen die Interpretation der ermittelten objektiven Daten und Fakten beeinflussen. Doch markiert eben diese normative Färbung der Ergebnisdeutungen bei Lichte betrachtet gar keine Differenz zu der nur scheinbar rigoros exakten, neutralen und wertungsfreien Methoden-Wissenschaft, in die seit jeher ebenfalls zahlreiche persönliche Vorannahmen und Vorurteile einfließen, wenn darüber auch beredt geschwiegen wird.

Viola Neu beispielsweise sieht nach der Auswertung des Zahlenmaterials ihrer neuesten CDU-Mitgliederstudie keine dramatischen Probleme auf die deutsche Christdemokratie zukommen, da vor allem die desengagierten Mitglieder austräten, bei den Neumitgliedern die Beteiligungsmotive als Beitrittsgrund an Bedeutung gewonnen hätten, die durchschnittliche Partizipationsbereitschaft gestiegen sei und insofern die Parteiarbeit absehbar auch bei einem niedrigeren Mitgliederstand ohne größere Einschränkungen aufrecht erhalten werden könne.⁵

Dem reinen Zahlenmaterial zufolge erscheint diese Schlussfolgerung rätselhaft: Umstandslos von einem gehäuften Bekenntnis zu grundsätzlicher Partizipationsbereitschaft auf ein gestiegenes tatsächliches Partizipationsniveau zu schließen, schon das ist mindestens gewagt. Dagegen spricht nicht zuletzt, dass der Anteil der Aktiven und Passiven unter den CDU-Mitgliedern im Zeitverlauf konstant geblieben ist – bei einem gleichzeitigen Rückgang des Mitgliederbestandes seit 1990 um ein rundes Drittel, so dass die CDU heute auch ein Drittel weniger Aktivisten zählen dürfte als zur Zeit der Deutschen Einheit. Ganz abgesehen davon, dass der überdurchschnittliche Austritt passiver Mitglieder nicht besagt, dass diese früher nicht auch einmal aktiv waren, ehe sie sich frustriert abwendeten, antriebslos und apathisch wurden. Schließlich darf bei einer Bewertung der Aktivitätspotentiale in der CDU nicht gänzlich außer Acht gelassen werden, dass mittlerweile schon 23 Prozent ihrer Mitglieder über siebzig Jahre alt sind, ein Alter, in dem es zunehmend weniger hochengagierte Rentner gibt, die nicht nur viel Zeit haben, sondern auch unverändert rüstig sind.

Was lässt sich nun der Parteienforschung raten?

5 Vgl. Viola Neu, Die Mitglieder der CDU, in: Fabian Schalt u. a. (Hg.), Neuanfang statt Niedergang. Die Zukunft der Mitgliederparteien, Berlin 2009, S. 375–392.

Vielleicht dreierlei: Erstens die kritische Reflexion liebgewonnener Gewissheiten. Es gehört zum guten Ton, die Entstrukturierung der homogenen Gesellschaftsblöcke in ein individualistisches Gewimmel zu bemerken, die Auflösung der einstmals stabilen politischen Lager zu konstatieren und von neuen sozialen Konfliktdimensionen zu sprechen, die von den Volksparteien nicht aufgegriffen werden könnten, weil sie quer zu den alten sozialen und religiösen Auseinandersetzungen verliefen. Beinahe nichts davon ist richtig. Politische Lager bestehen unverändert fort, wie die Wählerströme zeigen, auch die Selbstzuschreibung zu einem bestimmten Lager gelingt den meisten problemlos. Im Ausland, zum Beispiel in Skandinavien, spricht gegenwärtig sogar vieles für eine verstärkte Akzentuierung politischer Lagerbildungen.

Wähler orientieren sich, kurzum, weiter an und in politischen Lagern – die im Übrigen nie rundweg auf eine Partei festgelegt waren, eher im Gegenteil: Das sozialistische Lager kannte seit dem frühen 20. Jahrhundert sozialdemokratische und kommunistische Parteien, das konservative Lager, das nationale und das liberale Lager waren noch viel stärker zersplittert. Und auch der Wandel der Konfliktstrukturen – und infolgedessen der Abstieg der Volksparteien – muss nicht fatalistisch hingenommen werden. Die Parteien können durch »Politik« die Umweltbedingungen verändern. Die entscheidenden Konfliktlinien sind nach wie vor die soziale Frage, die religiöse Frage und die kulturelle Frage, »aber«, wie Warnfried Dettling bemerkt, »auf eine andere Weise als früher«. Die neuen Konfliktverläufe müssen besetzt, übersetzt, mithin: politisiert werden.

Zweitens müsste die Parteienforschung intensiver den Austausch mit den anderen Zweigen professioneller Politikbetrachtung suchen. Bisher werden sich die Erkenntnisse etwa von Journalisten und Organisationspraktikern nur unzureichend zunutze gemacht. Immerhin lassen die aktuellen Sammelbände zu Volksparteien auch Redakteure, Meinungsforscher und Parteienvertreter zu Wort kommen. Spürbar nutzbar gemacht werden deren Einsichten von der Parteienforschung aber noch nicht, noch lässt sie sich nicht wirklich auf die bucklige Verwandtschaft ein, duldet sie zwar, erkennt sie aber nicht als gleichberechtigte Ideengeber auf Augenhöhe an – und übersieht dadurch deren innovative Potentiale.

»Lernende Organisationen«, diesen Ratschlag an die Volksparteien muss die Parteienforschung drittens für sich selbst übernehmen und zur »lernenden Parteienforschung« werden. Sie muss sensibler für neue Problemlagen, soziale Umschichtungen und untergründige kulturelle Verschiebungen werden. Nur so kann sie ihre permanente Verspätung aufheben und Anschluss finden an aktuelle Fragen, Konflikte, Debatten. Das heißt nicht, prognostisch die Zu-

6 Norbert Bolz, Der Prothesengott, in: Merkur, H. 9–10/2008, S. 753–761.

kunft vorhersehen zu wollen, was eh keiner kann. Es bedeutet aber, Norbert Bolz Lügen zu strafen, der vor einigen Jahren behauptete, dass die normalen Wissenschaften vom Neuen nichts wissen wollen würden, da das Neue dem Paradigma widerspräche. »Normale Wissenschaft staunt nicht und wird auch nicht überrascht.«⁶ Diese Haltung aber wird sich die Wissenschaft in Zukunft genau so wenig erlauben können wie die Volksparteien.



Dr. Matthias Micus, geb. 1977, ist Akademischer Rat am Göttinger Institut für Demokratieforschung.

BILDNACHWEIS

TITELBILD: Jesse, Bristol; Zdeňka Řezbová-Morávková

SEITE 4: Alter Mann, Andalusien; Anna Duda

SEITE 10: Monte Sant'Angelo; Clara Calubini

SEITE 24, 69: Zurückgelehnt (I u. II); Andreas Nader

SEITE 31: o.T.; Ilyas Odman

SEITE 56: o.T.; Sabina Stücker

SEITE 81: o.T.; Holger Schauerte

SEITE 104: londonvelh; Theo Solnik

SEITE 124: o.T.; Dennis Weinbörner

Fotografien ursprünglich veröffentlicht unter dem Ausstellungstitel »hanging around« (Leitung: Rolf Denemann, artscenico e.V.) im Rahmen des Projektes »Ruhr.2010 – Kulturhauptstadt Europas«

Autorenfotos:

Thomas Assheuer (Foto: Nicole Sturz, www.nicolesturz.eu)

Konrad Paul Liessmann (Foto: Zsolnay Verlag/Heribert Corn, www.corn.at)

Robert Misik (Foto: Daniel Novotny)

Tim B. Müller/Jens Hacke (Foto: Hamburger Institut für Sozialforschung)